

## Haushaltssatzung der Gemeinde Ostseebad Binz für das Haushaltsjahr 2016

Aufgrund der §§ 45 ff. Kommunalverfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern wird nach Beschluss der Gemeindevertretung vom 10. Dezember 2015 folgende Haushaltssatzung erlassen:

### § 1 Ergebnis- und Finanzhaushalt

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2016 wird

#### 1. im Ergebnishaushalt

|    |  |                |
|----|--|----------------|
| a) | der Gesamtbetrag der ordentlichen Erträge auf                | 10.018.200 EUR |
|    | der Gesamtbetrag der ordentlichen Aufwendungen auf           | 8.986.700 EUR  |
|    | der Saldo der ordentlichen Erträge und Aufwendungen auf      | 1.031.500 EUR  |
| b) | der Gesamtbetrag der außerordentlichen Erträge auf           | 0 EUR          |
|    | der Gesamtbetrag der außerordentlichen Aufwendungen auf      | 0 EUR          |
|    | der Saldo der außerordentlichen Erträge und Aufwendungen auf | 0 EUR          |
| c) | das Jahresergebnis vor Veränderung der Rücklagen auf         | 1.031.500 EUR  |
|    | die Einstellung in Rücklagen auf                             | 0 EUR          |
|    | die Entnahmen aus Rücklagen auf                              | 0 EUR          |
|    | das Jahresergebnis nach Veränderung der Rücklagen auf        | 1.031.500 EUR  |

#### 2. im Finanzhaushalt

|    |  |               |
|----|--|---------------|
| a) | die ordentlichen Einzahlungen auf                                  | 8.236.500 EUR |
|    | die ordentlichen Auszahlungen auf                                  | 8.251.500 EUR |
|    | der Saldo der ordentlichen Ein- und Auszahlungen auf               | -15.000 EUR   |
| b) | die außerordentlichen Einzahlungen auf                             | 0 EUR         |
|    | die außerordentlichen Auszahlungen auf                             | 0 EUR         |
|    | der Saldo der außerordentlichen Ein- und Auszahlungen auf          | 0 EUR         |
| c) | die Einzahlungen aus Investitionstätigkeit auf                     | 2.158.200 EUR |
|    | die Auszahlungen aus Investitionstätigkeit auf                     | 1.517.800 EUR |
|    | der Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit auf  | 640.400 EUR   |
| d) | die Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf                    | 0 EUR         |
|    | die Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf                    | 191.100 EUR   |
|    | der Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf | -191.100 EUR  |

festgesetzt.

### § 2 Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen

Kredite zur Finanzierung von Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen werden nicht veranschlagt.

### **§ 3 Verpflichtungsermächtigungen**

Verpflichtungsermächtigungen werden nicht veranschlagt.

### **§ 4 Kredite zur Sicherung der Zahlungsfähigkeit**

Der Höchstbetrag der Kredite zur Sicherung der Zahlungsfähigkeit wird festgesetzt auf 800.000 EUR

### **§ 5 Hebesätze**

Die Hebesätze für die Realsteuern werden wie folgt festgesetzt:

1. Grundsteuer
  - a) für die land- und forstwirtschaftlichen Flächen (Grundsteuer A) auf 300 v. H.
  - b) für die Grundstücke (Grundsteuer B) auf 400 v. H.
2. Gewerbesteuer auf 380 v. H.

### **§ 6 Stellen gemäß Stellenplan**

Die Gesamtzahl der im Stellenplan ausgewiesenen Stellen beträgt 40,525 Vollzeitäquivalente (VzÄ).

### **§ 7 Eigenkapital**

|   |                 |
|---|-----------------|
| Der Stand des Eigenkapitales zum 31.12. des Haushaltsvorjahres betrug                   | 32.095.861 EUR. |
| Der voraussichtliche Stand des Eigenkapitales zum 31.12. des Haushaltsvorjahres beträgt | 32.209.761 EUR  |
| und zum 31.12. des Haushaltsjahres  | 33.241.261 EUR. |

### **§ 8 Weitere Vorschriften**

(1) Die Entscheidungen nach § 6 Abs. 3 der Hauptsatzung der Gemeinde werden durch den Hauptausschuss getroffen, wenn sie die darin festgelegten Wertgrenzen für die Entscheidung des Bürgermeisters übersteigen. Oberhalb der hier festgesetzten Wertgrenze für den Hauptausschuss entscheidet die Gemeindevertretung.

(2) Gemäß § 14 GemHVO-Doppik sind innerhalb eines Teilhaushalts die Ansätze für Aufwendungen gegenseitig deckungsfähig. Bei Inanspruchnahme der gegenseitigen Deckungsfähigkeit der Aufwendungen in einem Teilergebnishaushalt gilt sie auch für entsprechende Ansätze für Auszahlungen im Teilfinanzhaushalt.

(3) Die Personalaufwendungen (§ 2 Abs. 1 Nr. 11 GemHVO-Doppik) und -auszahlungen (§ 3 Abs. 1 Nr. 11 GemHVO-Doppik) sowie die Versorgungsaufwendungen (§ 2 Abs. 1 Nr. 12 GemHVO-Doppik) und -auszahlungen (§ 3 Abs. 1 Nr. 12 GemHVO-Doppik) werden abweichend vom § 8 Abs. 2 dieser Satzung gemäß § 14 Abs. 2 GemHVO-Doppik über alle Teilhaushalte für gegenseitig deckungsfähig erklärt.

(4) Gemäß § 14 Abs. 3 GemHVO-Doppik werden die Auszahlungen für Investitionstätigkeit innerhalb eines Teilhaushalts für gegenseitig deckungsfähig erklärt.

(5) Gemäß § 14 Abs. 4 GemHVO-Doppik werden die Ansätze für ordentliche Auszahlungen zugunsten von Auszahlungen für Investitionstätigkeit desselben Teilhaushalts für einseitig deckungsfähig erklärt.

(6) Gemäß § 4 Abs. 12 GemHVO-Doppik wird bestimmt, dass Ein- und Auszahlungen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen oberhalb der Wertgrenze von 100.000 EUR für jede Investition oder Investitionsförderungsmaßnahme im Teilhaushalt einzeln darzustellen sind. Unterhalb dieser Wertgrenze erfolgt die Darstellung der Ein- und Auszahlungen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen in jedem Teilhaushalt insgesamt.

(7) Eine Nachtragshaushaltssatzung und ein Nachtragshaushaltsplan werden notwendig wenn sich im Laufe der Haushaltsdurchführung erhebliche Änderungen ergeben (§ 7 Abs. 1 GemHVO-Doppik). Als erheblich werden mit dieser Satzung Einzelbeträge in Höhe von 100.000 EUR festgesetzt.

Die rechtsaufsichtliche Genehmigung wurde am \_\_\_\_\_ erteilt.

Ostseebad Binz, 10. Dezember 2015



  
Schneider – Bürgermeister